

Gespräche über B 467-alt beginnen

Kressbronn sagt Teilnahme ab – Begründung: Verwaltung ist an Ratsbeschluss gebunden

Von Mark Hildebrandt

TETTANANG/KRESSBRONN - Die Gespräche über die Frage, welche Lösung es in Bezug auf Fahrrad- und Autofahrer auf der B 467-alt geben wird, beginnen am Dienstag. Zur Zielsetzung des weiteren Verfahrens hatte sich Robert Schwarz, Pressesprecher des Landratsamts Bodenseekreis, bereits letzte Woche geäußert: „Für uns ist wichtig, dass wir möglichst eine für beide Gemeinden und natürlich auch sachlich akzeptable Lösung finden.“ Allerdings hat Kressbronn die Teilnahme abgesagt.

Das äußert Kressbronns Sprecherin Karin Wiech in ihrer Antwort auf eine Anfrage der „Schwäbischen Zeitung“ zu Verhandlungsspielräumen der Gemeinde in diesen Gesprächen. Karin Wiech verweist darauf, dass die Verwaltung an den Gemeinderatsbeschluss für Tempo 50 auf der alten Bundesstraßen-Trasse gebunden ist. Deswegen sei die Teilnahme an dem Gespräch abgesagt worden. Kressbronns Bürgermeister Daniel Enzensperger bleibt zudem bei der Aussage, dass er eine „etappenweise Ausweisung für sehr unwahrscheinlich“ halte.

Zur Kressbronner Absage äußert sich Landratsamtsprecher Robert Schwarz nicht: Er wolle dem Gespräch nicht vorgehen. Dieses findet laut ihm dennoch statt. Entscheidend sei die Sachebene.

Das Gespräch diene dem „Austausch der jeweiligen Standpunkte“,



Nachdem sich Tett nang und Laim nau/Lang nau mehrheitlich für die Einrichtung einer Fahrradstraße auf der B 467-alt ausgesprochen haben, entschied Kressbronn dagegen. Offen ist derzeit, wie ein Konsens erzielt werden kann. ARCHIVFOTO: AH

äußert Judith Maier, Sprecherin der Stadt Tett nang, auf SZ-Anfrage. Klar sei aber auch, dass beide Seiten an die Gemeinderatsbeschlüsse zunächst gebunden seien. Gegebenenfalls werde die Frage diskutiert, „ob nach dem Austausch das Thema erneut auf die TO der Gremien gesetzt wird“. Die Entscheidung liege bei den jeweiligen Bürgermeistern.

Heißt im Klartext: Während die Kressbronner Verwaltung an die Entscheidung für Tempo 50 gebunden ist, gilt Gleiches für die Tett nanger Verwaltung in Sachen Beschluss Fahrradstraße. Beide Bürgermeister oder andere Vertreter der Kommunen in den Gesprächen haben also keinen Freiraum, was ihre jeweilige Verhandlungsposition anbelangt.

Dies äußert auch Judith Maier im weiteren Verlauf ihrer Antwort: „Klar ist aber auch, dass das Landratsamt in eigener Zuständigkeit endgültig über die verkehrsrechtliche Regelung entscheidet. Hierzu wird kein weiterer Beschluss des Gemeinderats benötigt.“ In diesem Sinne würden die Gemeinderatsbeschlüsse in Tett nang und Kressbronn den jeweiligen Standpunkt der Kommunen vertreten, der in den Entscheidungsprozess der Verkehrsbehörde miteinfließe.

Anders gesagt: Während die Tett nanger und die Kressbronner Verwaltung an die Beschlüsse ihrer jeweiligen Gemeinderäte gebunden sind, ist es die Verkehrsbehörde des Landkreises ihrerseits nicht. Denn sie kann in eigener Verantwortung über die Anordnung einer Fahrradstraße entscheiden. „Sollte das Landratsamt jedoch ein Einverständnis beider Kommunen einfordern, dann müssten wir nochmal in den Gemeinderat und können dies nicht selbst entscheiden, da es keinen eindeutigen Beschluss gibt.“

Die Aktionsgruppe „Sichere B 467-alt“ äußert sich zur Plakataktion in Kressbronn

Zum Artikel „Anonyme Gruppe hängt Parolen wegen B 467-alt auf“ hat uns folgende **Stellungnahme der Aktionsgruppe „Sichere B 467-alt“** erreicht:

„Seit über einem Jahr setzt sich die Aktionsgruppe Sichere B467alt für eine Fahrradstraße ein. Sie tut dies sachlich fundiert, parteipolitisch neutral und kompromissbereit, um zu einer mehrheitsfähigen Lösung im Sinne der schwächeren Verkehrsteilnehmer und der auf allen politischen Ebenen angestrebten

Förderung des Radverkehrs zu kommen. Entsprechend enttäuscht ist die Gruppe über das Abstimmungsergebnis des Gemeinderats Kressbronn. Doch die Verantwortlichen sind sich einig: Sie bleiben bei ihrer Linie – das Gespräch suchen mit allen Betroffenen und Entscheidungsträgern, die eigene Expertise und Erfahrung als Alltags- und Allwetter-RadfahrerInnen einbringen, um eine zukunftsfähige Lösung ringen. Gerade auch im anstehen-

den Entscheidungsprozess der Straßenverkehrsbehörde wünscht sich die Gruppe, als seriöser Gesprächspartner gehört und ernstgenommen zu werden. Anonym Protestzettel zu verteilen, wie in oben genannten Artikel beschrieben, läuft diesem Selbstverständnis zuwider, die Aktionsgruppe Sichere B 467alt hat damit nichts zu tun.

Eva-Maria Aicher
Daniel Hegele

Leserbriefe zur B 467-alt

Emotionale Debatte

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

wir freuen uns über Ihre Briefe. Bitte haben Sie aber Verständnis dafür, dass sich die Redaktion bei langen Zuschriften Kürzungen vorbehält. Für die Ausgabe Tett nang gilt eine Beschränkung auf 60 Zeitungszeilen (pro Zeile etwa 35 Anschläge). Leserzuschriften stellen keine redaktionellen Meinungsäußerungen dar. Aus presserechtlichen Gründen veröffentlichen wir anonyme Zuschriften grundsätzlich nicht. Teilen Sie uns deshalb bitte immer Ihren vollen Namen, Ihre Adresse und Ihre Telefonnummer mit. **Ihre SZ-Redaktion**

Es gibt andere Optionen für sichere Radwege als Tempo 30

Die Entscheidung des Straßenverkehrsamts, einen Konsens zwischen Autofahrer und Radfahrer bezüglich der B 467 alt zu finden, als mutlos zu bezeichnen ist nicht in Ordnung. Vielmehr ist es mutlos, wenn man denen, die am lautesten schreien, nachgibt. Wenn es um einen sicheren Radweg geht, gibt es noch andere Möglichkeiten als Tempo 30 km/h, das nicht mal von den Radfahrern dort eingehalten wird. Für sicheres Fahrradfahren gibt es genügend Handlungsbedarf im Stadtbereich TT. Da hat sich die Situation für Radler in den letzten Jahren durch Straßenbaumaßnahmen massiv verschlechtert. Da sollte die Radlerlobby ansetzen. Wenn sich am Status der B 467-alt etwas ändern muss, dann am Fahrverbot für Kleinkrafträder an Sonn- und Feiertagen. Für mich ist es nicht nachvollziehbar, dass ein E-Bike mit 40 km/h dort fahren darf und ein Mofa mit 25 km/h nicht.

Eberhard Berhalter, Tett nang-Rattenweiler

„Das ist das Beste, was passieren konnte“

Erstmal vorweg: Eigentlich befürworte ich Fahrradstraßen, und das hört sich jetzt ja wirklich dramatisch an. Wegen 300 Metern nimmt sich Kressbronn das Recht heraus, die Fahrradstraße abzulehnen. Unglaublich, eine Fahrradstraße abzulehnen.

Schaut man sich aber mal die Situation auf der B 467 alt genauer an, kommt man zum Ergebnis, das ist das Beste, was passieren konnte. Fahrradstraße bedeutet: maximal 30 km/h für alle, auch für Radfahrer. Kontrolliert wird das aber nur für Kfz, da aber rigoros, denn wir müssen ja die Fahrradfahrer schützen. Jetzt geht es aber Richtung Giessen heftig bergab und jeder Radfahrer wird ohne Zutun 40 Stundenkilometer oder sogar bis zu 60 Stundenkilometer erreichen (geht locker mit einem E-Bike, wenn ich am Startpunkt der Abfahrt schon 27 Stundenkilometer habe). So und jetzt? Haben wir Kraftfahrzeuge, die sich akribisch an die 30 km/h halten und drumherum ein Gewusel von links und rechts überholenden Fahrrädern? Wie sich das anfühlt, kann jeder mal am Marktplatz in Langenargen testen, indem man einfach mit dem Auto oder Fahrrad (die vorgeschriebene Schrittgeschwindigkeit fährt. Auf der B 467 alt kann man das Gleiche erwarten, nur halt nicht mit 10 bis 15 km/h sondern mit 40 km/h und mehr. Die Ablehnung verhindert also wahrscheinlich schlimme Unfälle. Ob das die Motivation des Kressbronner Gemeinderats war? Wer weiß, das Ergebnis schützt aber die Fahrradfahrer. Alternative: 50 km/h und Anlieger frei.

Siegfried Breyer, Langenargen

Appell an Straßenverkehrsbehörde: objektiv bewerten

Inzwischen wurde ja schon sehr viel zur alten B 476 diskutiert und geschrieben. Zu der doch sehr erstaunlichen Entscheidung des Kressbronner Gemeinderats und der darauffolgenden Mitteilung des CDU-Ortsverbands Langenau/Laimnau kann ich mir ein paar Anmerkungen nicht verkneifen. Die Gemeinde Kressbronn (ca. 9000 Einwohner) hat mit einer knappen Mehrheit (10:9) gegen die Fahrradstraße gestimmt. Und das, obwohl gerade nur 250 Meter der insgesamt 2,5 Kilometer langen Strecke auf Kressbronner Gemarkung liegen. Das die BWV, die geschlossen dagegen gestimmt hat, als Kernthema auf ihrer Homepage den „Ausbau der Mobilitätsangebote“ aufführt, klingt in dem Zusammenhang schon sehr befremdlich. Die Gemeinde Tett nang (ca. 19 000 Einwohner) hat zusammen mit den Ortschaftsräten Langenau/Laimnau mit 14:6 für die Fahrradstraße gestimmt. Der CDU-Ortsverband Langenau/Laimnau hatte im Vorfeld seine Mitglieder befragt und alle 60 waren dagegen. Die Aktionsgruppe „Sichere B 467 alt“ hatte über zwei Online-Petitionen für Tett nang und Kressbronn 1100 Stimmen für die Fahrradstraße gesammelt. Mit diesen Zahlen tue ich mir schwer, hier von einem „fairen demokratischen Prozess“ zu sprechen, wenn tatsächlich nur Tempo 50 umgesetzt würde. Deshalb appelliere ich an die Straßenverkehrsbehörde, das Thema objektiv zu bewerten und eine Entscheidung zu treffen, die Verkehrsteilnehmern mehr Sicherheit bringt und vor allem die Schwächeren schützt.

Michael Scherzer, Tett nang

Radstraßengegner haben nicht verstanden, warum es geht

Nun steht wohl in Bezug auf die Fahrradstraße eine finale Entscheidung an. Erstaunlich, dass sich ausgerechnet die Gegner der Fahrradstraße als volksvertretende Mehrheit wahrnehmen und mit ihren Stellungnahmen zeigen, dass sie nicht verstanden haben, warum es hier eigentlich geht. Wenn hier die Ablehnung des Kressbronner Gemeinderats als „basistaue Politik“ bezeichnet wird, gestaltet mit einem „fairen demokratischen Prozess“, dann werden die existierenden Mehrheitsverhältnisse ignoriert. Aber eigentlich ist das alles unwichtig, auch wenn eine klare Mehrheit für die Fahrradstraße ist. Denn bei dieser Entscheidung geht es um den Schutz eines Teiles unserer Gesellschaft, und dies ist Aufgabe des Sozialstaates. Oder möchten CDU und BWV auch gerne über die Einrichtung von Rollstuhlrampen „basisdemokratisch“ abstimmen lassen? Vielleicht könnten Tett nang und Kressbronn ja einen Volksentscheid über die Horizonterweiterung von CDU und BWV durchführen. Dabei würde man abstimmen, ob man den Parteimitgliedern mal für ein Jahr den Autoführerschein entziehen sollte, um in Erfahrungsaustausch mit den Schülern zu kommen, die von vornherein keine Fahrerlaubnis besitzen. Vielleicht würden dann neue Meinungen entstehen, „basisdemokratisch“. Nun liegt die Entscheidung über die Sicherheit unserer Kinder bei der Verkehrsbehörde, die sich hoffentlich nach objektiven Kriterien einer ausgewogenen und zukunftsgerichteten Verkehrsführung richtet.

Martin Heidrich, Tett nang-Laimnau